

**Der Regierungsrates des Kantons Zürich  
an den Kantonsrat**

KR-Nr. 181/1991

Zürich, den 13. November 1991

**Volksinitiative betreffend Einführung der Formularpflicht für Mietverträge**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. September 1991 überwies das Büro des Kantonsrates dem Regierungsrat die Unterschriftenbogen der am 13. September 1991 eingereichten Volksinitiative "Zum Schutz vor ungerechtfertigter Mietzinserhöhung bei Mieter- bzw. Mieterinnenwechsel" (Einführung der Formularpflicht) zur Berichterstattung über das Zustandekommen und die Gültigkeit des Initiativbegehrens. Der Wortlaut liegt diesem Schreiben bei.

Gemäss Bericht des Statistischen Amtes weisen die Unterschriftenbogen der Initiative 11 220 Unterschriften auf. Davon wurden 10 155 von den zuständigen Gemeindestellen als gültig beglaubigt.

Auf eine Überprüfung aller Unterschriften hat der Regierungsrat in Anwendung von § 16 des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes verzichtet. Die Initiative ist somit formell zustande gekommen. Eine erste vorläufige Prüfung durch den Regierungsrat hinsichtlich der Gültigkeit des Initiativbegehrens ergab keine Hinweise auf rechtliche Mängel.

Wir beantragen Ihnen deshalb, uns die Initiative zum Bericht und Antrag zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
**Gilgen**

Der Staatsschreiber:  
**Roggwiller**